

Ein Deserteursdenkmal am Kriegsklotz?

Hamburg: Parteien sprechen sich für Ehrung von »Fahnenflüchtigen« während des Faschismus aus

Von Lothar Zieske

In Hamburg fordert das »Bündnis für ein Deserteursdenkmal« seit Sommer 2010 »ein dauerhaftes Gedenken und eine dauerhafte Stätte der Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz.« Ein Ort ist auch schon ausgesucht: »Kein Platz ist für ein Deserteursdenkmal geeigneter als am Kriegerdenkmal am Stephansplatz«, so das Bündnis. Der 1936 errichtete sogenannte Kriegsklotz erinnert in verherrlichender Weise an die toten Soldaten des Ersten Weltkriegs. Er trägt die Inschrift »Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen.« Mehrfach wurde der Klotz vom Bündnis verhüllt. Auch mit Lesungen und Theateraufführungen trugen die Kriegsgegner ihr Anliegen, die Ehrung der Deserteure der Wehrmacht, in die Öffentlichkeit.

Vom 12. bis 19. November organisierten nun die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Veranstaltungswoche »Aufklärung und Protest – Erinnern an die Opfer und Täter des Krieges«. Dabei wurden zum Teil sehr interessante und wenig bekannte Aspekte beleuchtet wie die »Beihilfe von Frauen zur Fahnenflucht«.

Befremdlich für viele war, daß bei einer Podiumsdiskussion mit dem Titel »Kriegerdenkmal und Gedenkmal am Stephansplatz – ein Ort für das in Hamburg fehlende Deserteursdenkmal?« kein Vertreter des Bündnisses Platz fand. Nur Eingeweihte konnten wissen, daß es über die »Mantelorganisation«, die »Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten«, zu den Mitveranstaltern gehörte.

Die Debatte fand aber trotzdem zu einem guten Ergebnis. Die Vertreter aller in die Bürgerschaft gewählten Parteien, also von CDU, FDP, SPD, GAL und Die Linke sprachen sich an diesem Abend dafür aus, daß in Hamburg ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht errichtet werden sollte, daß dieses die Funktion eines Gegen-Denkmal zum Kriegsklotz haben sollte und daß dabei auch Veränderungen am Kriegsklotz vorgenommen werden dürften bzw. sollten. Dabei kam es zu bemerkenswerten Äußerungen.

Christel Oldenburg (SPD) übte Kritik an der eigenen Partei, die erst in den 90er Jahren ein positives Verhältnis zu Wehrmachtsdeserteuren aufgebaut habe. Thomas-Söhnke Kluth (FDP) äußerte, er würde die kriegsverherrlichende Inschrift am liebsten entfernen lassen, nahm den Vorstoß aber kurze Zeit später als »hilflose Idee« zurück. Allein Reinhard Soltau (FDP), der als Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge redete, wandte sich gegen den Standort am Stephansplatz und sprach sich statt dessen für ein Denkmal am Strafgerichtsgebäude und dagegen aus, am Kriegsklotz Veränderungen vorzunehmen.

Norbert Hackbusch, Vorsitzender des Kulturausschusses der Hansestadt, kündigte abschließend an, er werde auf dessen nächster Sitzung eine Expertenanhörung zum Thema vorschlagen.